

**Regierungserklärung  
Hessischer Kultusminister  
Wertevermittlung, Digitalisierung und Förderung der Bildungssprache Deutsch –  
Wir bauen die Schule von morgen**

Rede Rolf Kahnt am 03. September 2019

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte auf einige Punkte der Regierungserklärung eingehen, erstens zum Schulsystem. Wir sind uns einig, sehr geehrter Herr Staatsminister: Ein gutes Bildungssystem ist Garant für Wohlstand, soziale Sicherheit und Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft. Nur durch bestmögliche Bildung ist Qualität an unseren Schulen entsprechend gewährleistet.

Erfreulicherweise will der Minister an der Beibehaltung des mehrgliedrig differenzierten Schulsystems nicht rütteln. Doch Entwicklungen lassen zweifeln, was inzwischen noch CDU-Bildungsprogrammatik ist und wie stark bereits die Handschrift des Koalitionspartners ist, etwa beim Leistungsgedanken, beim Fördern und Fordern und bei Tugenden wie Begabungen, Fleiß, Willen oder Disziplin, geben doch unübersehbare Lerndefizite bei Schülerinnen und Schülern großen Anlass zur Sorge.

Überdies wird bereits über den Weg zu einer leistungslosen Einheitsschule gesprochen. Ähnlich einem bedingungslosen Grundeinkommen werden auch hier Maßstäbe der Leistung nach unten gedrückt.

Was ist von der CDU-Programmatik seit 2013 noch übrig?

Beispiel 1 – Zitat –:

„Wir wollen und werden nicht zulassen, dass die Versetzungen abgeschafft werden, es keine Noten mehr gibt und die Menschen alle in eine Einheitsform gepresst werden. Das ist nicht nur inhuman, das ist auch falsch, und wir werden alles tun, unsere Kinder vor dieser Irrfahrt zu bewahren.“ Das hindert jedoch den Minister nicht, mit § 127c Hessisches Schulgesetz dazu bereits rechtliche Voraussetzungen geschaffen zu haben. Seit Januar 2019 ist es amtlich: 150 Schulen dürfen sich nun fünf Jahre lang auf Irrfahrt begeben. Wir wünschen weiterhin frohe Fahrt.

Nächstes CDU-Zitat:

„Wir wollen das Abitur hinsichtlich seiner Qualität ... stärken.“  
Tatsache ist, an Hochschulen werden Brückenkurse benötigt, um zahlreiche Studenten z. B. in Mathematik überhaupt studierfähig zu machen. Professoren beklagen, dass viele Abiturienten nur mangelhafte Deutschkenntnisse besitzen.

Beispiel 3 – CDU-Zitat –:

„Wir treten für eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht ein. Bei notorischen Schulschwänzern muss eine verbindliche Meldung an die Jugendämter erfolgen.“  
Tatsache ist: Seit einem halben Jahr schwänzen hessische Schüler freitags notorisch die Schule, und zwar sanktionsfrei, und das Kultusministerium duckt sich weg.

Was leitet sich daraus ab? Wer CDU wählt, kommt unter das Joch grüner Bildungspolitik!

Warum der durch GRÜNE überall betriebene gesellschaftliche Umbau falsch ist, zeigt sich auch am Bildungsmonitor 2019. Hessen liegt abgeschlagen auf Platz 10 von 16 Plätzen. Wir wünschen der CDU weiterhin gute Verrichtung.

Zum Digitalpakt. Selbst mit Aufstockungen sind 500 Millionen € immer noch zu wenig. Zudem ist ungewiss, ob die Anschlussfinanzierung nach Ablauf der fünf Jahre gesichert sein wird. Ebenso wenig wurde diskutiert, welche IT-Ausstattung für die Schulen sinnvoll ist. Es fehlen Konzepte sowie die notwendigen Fortbildungen für die Lehrkräfte. Den Digitalpakt bereits jetzt als Erfolgsmodell zu loben ist kühn. Das kann sich bestenfalls nach Jahren herausstellen, zumal es keinerlei wissenschaftliche Hinweise dafür gibt, dass der Einsatz der iPhones, Tablets oder Notebooks die Lernleistung der Schüler signifikant erhöht.

Drittens. Zur Wertevermittlung und politischer Bildungsarbeit. Natürlich fallen Elternhaus und Schule hierbei Schlüsselrollen zu. In der Regierungserklärung fehlt, dass der eigene Wert der Familien gestärkt werden muss. Bestimmte, politisch gewollte Entwicklungen bei Ehe und Familie lassen dringlich deren Schutz vermissen. Dabei schlägt sich die Brüchigkeit der Wertbilder für Ehe und Familie gerade in fehlender Wertevermittlung nieder.

Das Zurverfügungstellen des Grundgesetzes für Schüler ist kein angemessenes Äquivalent. Bundespräsident Heuss wies schon darauf hin, man könne nicht täglich mit dem Grundgesetz unter dem Arm durch die Gegend laufen.

Verständnis für grundlegende Werte, Normen, für politische Prozesse und politische Urteilsfähigkeit erfährt man nur im praktischen Leben. Die Stärkung des Unterrichtsfachs Politik und Wirtschaft mag neben der Stärkung der Familie durchaus einen Beitrag leisten. Aber es muss angemahnt werden: Auch für Schüler muss es die Freiheit geben, sich des eigenen Verstandes zu bedienen.

Es werden doch bereits Erwachsene gesellschaftlich geächtet, wenn sie Kritik an politischen Entscheidungen äußern. Es geht um ein hohes Gut, das der Meinungsfreiheit und der Toleranz, nämlich Andersdenkende nicht zu benachteiligen. Das kann in der Schule mit den Anpassungsprozessen an den Mainstream verheerende Konsequenzen für den eigenen Bildungsweg der Schüler haben.

Viertens. Zur Bildungssprache Deutsch. Es ist Zeit, auf unser Kulturgut deutsche Sprache besonderen Wert zu legen. Das ist erfreulich. Denn es gibt doch erkennbare Bestrebungen, die deutsche Sprache ein wenig zurückzudrängen.

Fünftens. Zur Ganztagschule. Es ist erfreulich, dass der Kultusminister es zulässt, dass die Eltern auch weiterhin selbst entscheiden können, ob ihr Kind halbtags oder ganztags die Schule besucht. Selbstverständlich muss auch Zeit für anderes bleiben: für die Familie oder für Hobbies.

Sechstens. Lehrerversorgung. Der Minister weist gerne auf die 105-prozentige Lehrerversorgung in Hessen hin. Die kürzlich durchgeführte Umfrage des Landeselternbeirats zum Unterrichtsausfall in Hessen kommt zu einem anderen Ergebnis. An jeder zweiten Schule fallen pro Klasse monatlich fünf oder mehr

Unterrichtsstunden aus. Die Landesschülervertretung kommt in ihrer Erhebung zu dem Ergebnis, dass es an 97 weiterführenden Schulen zu insgesamt 1.605 ausgefallenen Unterrichtsstunden kam. Bei 1.547 Unterrichtsstunden wurde nur betreut oder fachfremd unterrichtet.

Zugegeben, der Kultusminister hat es seit 2015 schwer. Die Grenzöffnung durch die Kanzlerin hat jeden überfordert. Hunderttausende Menschen kamen. Die meisten von ihnen waren ohne schulische oder berufliche Qualifikation. Seitdem erschwert zunehmend die Zahl heterogen gewachsener Schüler eine ohnehin oftmals nicht gelungene soziale Integration. Davon wird die Lehrerschaft in Mitleidenschaft gezogen. Große Teile sind inzwischen an ihre Grenzen gekommen. Die Belastungsanzeigen häufen sich. Sie fördern zutage: Unsere Lehrerschaft ist mit zusätzlichen Aufgaben, wie dem Ausbau der Ganztagschulen oder eine ohne Augenmaß betriebene Inklusion, überlastet. Es ist noch schlimmer: Sie fühlt sich alleingelassen.

Da muss gehandelt werden. Es müssen nicht nur mehr Lehrer eingestellt werden. Dabei muss besonderer Wert auf ihre fachliche Eignung gelegt werden. Das heißt, es muss auf Qualität Wert gelegt werden. Gute Schulen brauchen gute Lehrer. Deshalb bedarf es strengerer Maßstäbe. Es gibt bereits zu viel Mittelmaß. Schulabbrecher, mangelhafte Ausbildungsfähigkeit und nicht studierfähige Abiturienten sind ein Armutszeugnis. Wir wollen in aller Deutlichkeit ausdrücken: Nicht qualifizierte Quereinsteiger helfen nicht, den Lehrermangel zu beseitigen. Sie würden das ohnehin beklagenswerte Leistungsniveau nur weiter absenken.

Wohlan, es gibt für die Landesregierung noch viel zu tun. Wir versuchen, sie dabei kritisch zu begleiten und, wo nötig, zu unterstützen.

Vielen Dank.